Transkript der Debatte im Grossen Rat am 14.12.95 zum Anzug Goepfert

Präsident des Grossen Rates Michael Raith, VEW Riehen: Wir kommen zum Anzug Nr. 4 des Herrn Goepfert und Konsorten betreffend die öffentlich-rechtliche Anerkennung der islamischen Glaubensgemeinschaft. Hier ist Gegenantrag gestellt worden von Herrn Lung. Ich nehme an, dass der Anzugsteller am Schluss sprechen möchte. Dann hat jetzt zuerst...

(hett dr Herr Lung s'Wort verlangt? - Jä)

...hat Herr Lung das Wort.

Ernst R. Lung, SD Kleinbasel: Herr Präsident, Frau Statthalter, sehr geehrte Ratsmitglieder. der Anzug betreffend der öffentlich-rechtlichen Anerkennung der islamischen Glaubensgemeinschaft ist einer der gefährlichsten Anzüge, der je hier im Rate gestellt wurde. Er ist in Tat und Wahrheit Nitroglyzerin. Gefährlich, geht man allein von unserer Verfassung aus, der die Glaubensfreiheit garantiert, so verstanden, könnte man ein gewisses Verständnis unter Umständen aufbringen. Man müsste dann nach dem Grundsatz gleiche Rechte für alle, die noch weiteren 14 Religionsgemeinschaften hier in Basel ebenfalls öffentlich und rechtlich anerkennen, ausgerüstet mit den nötigen Staatsbeiträgen. Glaubensfreiheit heisst aber niemals, dass man ausser unseren christlichen 4 anerkannten Religionsgemeinschaften noch andere anerkennen und diesen den Status öffentlichen Rechtes zugestehen muss.

Ich bitte Sie, sehr geachtete Ratsmitglieder, den Anzug der öffentlich-rechtlichen Anerkennung der islamischen Glaubensgemeinschaft nicht an die Regierung zu überweisen. Ich bitte sie sehr unsere Regierung mit diesem für unser Staatswesen so heiklen und delikaten Problem, der dieser Anzug nun einmal beinhaltet, nicht zu belasten. Sie, meine Damen und Herren, und selbstverständlich unsere Regierung weiss genau, dass der Basler Souverän niemals einer solchen Verfassungsänderung zustimmen würde. Ich bin fest überzeugt, dass es, wenn es tatsächlich soweit kommen würde, diese Verfassungsänderung mit 80% Nein regelrecht abgeblockt wurde. Was dann bleiben würde ist ein Scherbenhaufen, der das heute schon problematisch Zusammenleben mit Moslems und Islamisten nur noch weiter belasten würde. Denn viel zu gross ist das Misstrauen der hiesigen Bevölkerung. Bei den Nationalratswahlen waren die vielen Beschwörungen von Assimilation und Integration von Minderheiten in unser Gemeinwesen lautstark zu hören. Dazu muss ich einmal klarstellen, dass es nicht die Baslerinnen und Basler sind, die Minderheiten der islamistischen Glaubensgemeinschaft ablehnen oder desavouieren. Nein meine Damen und Herren, es ist die selbst gewollte und praktizierte Islamation dieser bei uns lebenden Volksschichten, praktiziert durch ihre ungezählten Kultursälen, sie nenne sie zwar Volkshäuser, durch die Koranschulen, ungezählte Kaffees, umfunktionierte Läden in Restaurants, zum Aufkauf oder Mietung einer geschlossenen Ladenkette, was im besonders im Kleinbasel zutrifft. Die Expansion ist also unverkennbar. Sicher sind noch lange nicht alle jene Mitbürger, die der islamischen Glaubensgemeinschaft angehören, als gefährlich oder störend einzustufen. Die gefährliche Seite, das sind jene Fundamentalisten, Extremisten und Religionsfanatiker, die den Islam für ihre gefährlichen politischen Ziele missbrauchen. Gerade vor jener grossen Zahl von Fundamentalisten haben ich zu grosse Angst, dass bei einer Anerkennung Zustände kommen (tröööö des Weckers, der anzeigt, dass die Redezeit um ist) die nur noch als Gefährdung der inneren Sicherheit eingestuft werden müssen. Halten wir fest: Wir haben in der Schweiz nun einmal eine christliche Kultur mit 4 anerkannten

öffentlichen Religionsgemeinschaften, Religionsgemeinschaften, die in einem guten Einvernehmen zusammenarbeiten. Dies kann man aber von der islamistischen Glaubensgemeinschaft nicht feststellen, denn sie bekämpfen sich tagtäglich. Aus den dargelegten Gründen bitte ich Sie dringend: Bringen sie den Mut auf und stimmen Sie Nein. Und nun eine persönliche Erklärung zuhanden der SP: Ich bitte Sie dringend (tröööööö) keine namentliche Abstimmung durchzuführen, denn ich möchte keinem Ratsmitglied zumuten, was mir widerfahren ist: Morddrohungen, Terroranschläge, rund um die Uhr. Es sind Grossräte hier, die dies beweisen können, und ich auch, und das möchte ich keinem zumuten. Es ist zu gefährlich. Haben Sie den (Ratspräsident: Die Zeit ist abgelaufen!) Mut und enthalten Sie sich nicht der Stimme, sagen Sie Nein zu diesem Anzug.

Präs.: Herr Ehret

Emil Ehret, CVP Kleinbasel: Herr Präsident, Frau Statthalterin, meine Damen und Herren, die öffentlich-rechtliche Anerkennung der islamischen Glaubensgemeinschaft darf nicht allein unter dem Gesichtspunkt, dass es sich um die drittgrösste Religionsgemeinschaft im Kanton handelt, beurteilt werden. Die Moslems unterscheiden (wörtlich sagte er hier "entscheiden") sich in ein paar für uns doch sehr relevanten Details sowohl von den christlichen Religionen als auch vom jüdischen Glauben. Die Moslems sind eine sehr fundamentalistisch geführte Glaubensgemeinschaft, welche politische Ziele verfolgt, leider tun sie dies auch in unserem neutralen Land. Ich bin noch zu keinem politischen Geschäft von so vielen Bürgerinnen und Bürgern im Kleinbasel angesprochen worden, wie gerade zu diesem Anzug. Die Bürger im unteren Kleinbasel sind sehr verunsichert, weil die islamische Bevölkerung in gewissen Quartierteilen das Sagen hat. Vielen von Ihnen sind die unhaltbaren Zustände in den Schulklassen im Bläsi- und Horburgquartier bekannt. Dort sind es vor allem die Primarschulklassen, in welchen die wenigen noch übriggebliebenen Schweizerkinder auf eine unhaltbare Art ausgegrenzt werden. Das hat mit Fremdenfeindlichkeit überhaupt nichts zu tun. Ich fordere den Anzugsteller einmal auf, vor Ort die Verhältnisse zu prüfen, und mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern einmal zu sprechen. Die Schweizer, die dort wohnen, stellen fest, dass die Moslems an einer Assimilierung nicht interessiert sind. Nicht den Einheimischen fehlt es an der notwendigen Toleranz, sondern die Moslems geben sich unnahbar und reserviert gegenüber allen Nichtmoslems. Die Voraussetzung für eine öffentlich-rechtliche Anerkennung einer Glaubensgemeinschaft, wäre aber in erster Linie der Wille zur Integration und der Wille zur Zusammenarbeit. Die öffentlich-rechtliche Anerkennung würde zum jetzigen Zeitpunkt von unseren Bürgern keinesfalls verstanden und hätte bei einer Volksabstimmung überhaupt keine Chance. Die Moslems kommen aus einem für uns fremden Kulturbereich, und es liegt nicht an uns allein, wenn wir diesen nur sehr schwer verstehen können.

Verehrte Kolleginnen hier im Grossen Rat, Ihnen kann es doch bestimmt nicht gleichgültig sein, dass hier eine Religion öffentlich-rechtlich anerkannt werden soll, welche ihren Frauen die Gleichberechtigung verweigert, und welche ein Frauenbild hat, welches Sie weder nachvollziehen noch tolerieren können. Dann darf weiter auch die Frage gestellt werden, welchen islamischen Glauben sollen wir denn anerkennen? Denn es gibt deren verschiedene, welche auch untereinander nicht gerade freundlich miteinander umgehen. Uns fehlt im weiteren auch der Glaube, dass wenn die Anerkennung einmal erfolgt sei, dann ein Zusammenschluss schon erfolgen würde. Wenn die islamischen Glaubensgemeinschaften die öffentlich-rechtliche Anerkennung anstreben, dann wäre doch der

Zusammenschluss im voraus ein Signal, welches wir eigentlich erwartet hätten. All dies, meine Damen und Herren, zeigt uns, dass die Zeit für die öffentlich-rechtliche Anerkennung der islamischen Glaubensgemeinschaft und die damit verbundene Änderung unserer Verfassung nicht günstig ist. Die CVP-Fraktion, oder die Mehrheit der CVP-Fraktion wird die Überweisung dieses Anzuges nicht unterstützen und wir werden für die Abstimmung über dieses Geschäft eine namentliche Abstimmung beantragen.

Ratspräsident: Herr Eymann

Felix W. Eymann, FDP Kleinbasel: Herr Präsident, Frau Statthalter, meine Damen und Herren, ich habe mich schon verschiedentlich für Toleranz und offene Begegnung gegenüber Ausländerinnen und Ausländern ausgesprochen. Das auch an unserem kleinbasler Nationalfeiertag, am Vogel Gryff. Ich habe dies getan vor einer Kulisse, von wohl der unklügsten Siedlungspolitik wie sie eben im Kleinbasel stattfindet. Trotzdem möchte ich mich in meinem Namen und auch im Namen meiner Fraktion gegen die Überweisung des Anzuges stellen. Ich möchte das so begründen:

Derzeit dürfen Angehörige aller islamischen Glaubensrichtungen bei uns ihre Religion in Freiheit ausüben. Sie haben die Versammlungsfreiheit, man hat Moscheen eingerichtet, wo sie ihrem Glauben nachgehen können. Für diesen Anzug besteht aus meiner Sicht in dieser Zeit kein Handlungsbedarf. Wenn wir einmal schauen, wie es mit dem Gegenrecht in islamischen Ländern aussieht: Vom Islam her sind da auch wirklich gar keine Schritte im Entgegenkommen sichtbar. Unsere Landeskirchen, welche sich sehr tolerant gegenüber Ausländerinnen und Ausländern verhalten, ich denke auch an das Kirchenasyl, das vielumstrittene, bei Ausweisungen usw., werden in einer Zeit grosser Not im Stich gelassen. Sie haben Mühe mit ihren Kirchensteuern usw., und diese Landeskirchen würden nun weiter hintenangestellt. Möglicherweise wird später einmal dieser Schritt (gemeint wohl die öff.-rechtl. Anerkennung des Islams...) dringend fällig. Aus meinem Dafürhalten sicher nicht jetzt.

Erstaunlich, und das hat Kollege Ehret schon gesagt, finde ich auch dass die Anzugstellerinnen und Anzugsteller, welche sich sehr und unter grossen Verdiensten für die Sache der Frau eingesetzt haben, hier auch gar nichts sagen, dass die Frauen aus islamischen Familien bei uns wirklich überhaupt nichts zu sagen haben. Ich kann da aus reichhaltiger Erfahrung von islamischen Patientinnen und Patienten sprechen. Es ist immer noch so, dass der Mann bestimmt, in welchem Umfang die ärztliche Hilfe dort stattfindet. Also, da habe ich auch etwas Mühe, dass man vor einem vernünftigen rechtlichen Hintergrund das vorzieht. Ich möchte Herrn Goepfert nicht vordergründig Stimmenfang im Hinblick auf ein Ausländerwahlrecht unterstellen. Ich möchte ihm wirklich guten Glauben unterstellen. Aber ich glaube zum jetzigen Zeitpunkt, lieber Daniel, wäre das wahrscheinlich vor dem Volk draussen eher kontraproduktiv für eine Stossrichtung, die ich grundsätzlich ("für" fehlt) richtig halte, dass wir mit unseren ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in friedlichem Einvernehmen mehrkulturell da leben, aber ich glaube zum jetzigen Zeitpunkt würde das mehr zerschlagen, als irgendwie für die Zukunft aufbauen. Ich möchte Ihnen aus diesem Grund im Namen der Basler FDP für Nichtüberweisung dieses Anzuges plädieren.

Präs.: Herr Denzler

Gottlob Denzler, VEW Grossbasel West: Herr Präsident, Frau Statthalter, meine Damen und Herren, auch ich nehme an, dass dieser Anzug gut gemeint ist. Ich nehme an, dass er das Ziel hat, eine Menschengruppe vor Diskriminierung zu schützen. Aber die VEW ist der Meinung, dass der Anzug in dieser Form nicht überwiesen werden darf. Denn er impliziert krasse Missverständnisse und trägt die Gefahr in sich, statt Frieden, Unfrieden zu stiften. Ich spüre ja bereits die Emotion, die jetzt nur schon in diesem Rat begonnen hat... Stellen Sie sich vor, welche Reaktionen die Überweisung dieses Anzuges unter dem Titel: „Der Basler Grosse Rat setzt sich für die öffentlich-rechtliche Anerkennung der islamischen Religionsgemeinschaften ein“, was dieser Titel bei verschiedenen Gruppierungen unserer Bevölkerung auslösen müsste!

Ich denke jetzt - wir haben vorhin das Beispiel Kleinbasel gehört - was es dort auslösen würde, ich spreche jetzt von einigen Gruppierungen, die auch nicht öffentlich-rechtlich anerkannt sind. Denken sie zum Beispiel an die Heilsarmee, die in der Schweiz und in unserer Stadt und in ganz Europa ein soziales Netz aufgebaut hat, von dem wir alle profitieren. Diese Körperschaft ist nicht öffentlich-rechtlich anerkannt. Oder die Pilgermission St. Chrischona, die nicht nur auf unserem höchsten Punkt unseres Kantons ein beliebtes Ausflugsrestaurant geführt hat und bald wieder führen wird, sondern die in der ganzen Schweiz und im Elsass und in Deutschland bis ins Erzgebirge bis ins ehemalige Ost-Preussen, was heute Russland ist, nicht nur die biblische Botschaft verbreitet hat, St. Chrischona, sondern auch den Namen Basel als Qualitätsmarke in alle Länder transportiert hat. Das ist auch eine Religionsgemeinschaft, die nicht öffentlich-rechtlich anerkannt ist. Oder etwa die Methodistenkirche, die in den verschiedenen Quartieren unserer Stadt ihre Versammlungshäuser hat, Kirchen, zum Beispiel auch das Bethesdaspital. Das sind alles Religionsgemeinschaften, die keine öffentlich-rechtliche Anerkennung geniessen, aber rechtlich vereinsrechtlich organisiert sind und genau so Religionsfreiheit als Christen geniessen, wie sie jeder Muslim bei uns in der Stadt geniessst. Wir dürfen also die öffentlich-rechtliche Anerkennung nicht mit Religionsfreiheit verwechseln, die ist gewährleistet. Von den vielen protestantischen Kirchen, ich muss von diesen reden, die sind mir... ich bin in diesen Kirchen zu Hause, ist in Basel nur die evangelisch-reformierte Kirche öffentlich-rechtlich anerkannt. Also, ich spreche jetzt nicht von der katholischen und nicht von der jüdischen Gemeinde. Unter anderem weil sie seit der Reformation Mitte des 16. Jahrhunderts ein konstitutives Element unseres Staatswesens war, und das Leben in unserer Stadt bis heute wesentlich geprägt hat. Ob dies heute und in Zukunft weiter so sein wird, oder so ist, steht in diesem Zusammenhang nicht zur Diskussion. Aber es wäre paradox, wenn irgend ein (pause)... eine muslimische Gruppierung die öffentlich-rechtliche Anerkennung zugesprochen bekäme, während eben zum Beispiel die Heilsarmee nach wie vor als christlicher Verein bezeichnet würde.

Meine Damen & Herren wenn Sie (tröt) Diskriminierung von Andersgläubigen vermin... (pause) verhindern wollen, müssen sie nicht in erster Linie derartige Anzüge überweisen, sondern gehen sie wieder regelmässig in die evangelisch-reformierte oder in die katholische Kirche, die öffentlich-rechtlich anerkannt sind, dort werden sie hören, wie glaubwürdige Christenmenschen mit Türken, Tamilen und Kosovo-Albanern umzugehen hätten. Bitte überweisen Sie diesen Anzug nicht.

Präsident: Herr Jossen

Hermann Jossen, SD Grossbasel West: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte

mich meinen Vorrednern anschliessen, und möchte aber noch einige persönliche Denkanstösse einbringen. Dieser Anzug erachte ich als ein ganz gefährlicher Vorstoss. Daher glaube ich, dass diesem Anzug grösste Sorgfalt entgegengebracht werden muss. Klar ist, dass eine Überweisung noch lange nicht Gesetz bzw. eine Verfassungsänderung darstellt. Eine Überweisung an die Regierung würde ja schon in der Öffentlichkeit grosses Erstaunen hervorrufen. Die Frage muss gestellt werden: Wird zum Beispiel der Integrationsprozess der Moslems in Basel-Stadt und auch in der übrigen Schweiz durch die öffentliche Anerkennung gefördert? Als Christ frage ich mich: Wohin führt dieser Weg? Es gibt sicher andere Möglichkeiten, islamische Einwohner in die Gesellschaft einzugliedern. Gerade hier sind vor allem unsere Kirchen gefragt, oder gefordert. Mit Bestimmtheit sind die Folgen einer Anerkennung, ja schon einer Überweisung durch das Parlament voraussehbar, wie zum Beispiel nach weiteren Moscheen, Koranschulen etc. Die vielen moslemischen Fundamentalisten, dessen (sic!) Ziele es ist ihre Religionsansichten mit aller Gewalt durchzusetzen, bereiten mir sehr grosse Sorgen, und ich glaube sagen zu können, viele stimmen mir zu. Einer öffentlichen Anerkennung der islamischen Glaubensgemeinschaft gerade jetzt, ein paar Tage vor Weihnachten, das grösste christliche Fest, kann ich auf keinem Fall diesem Anzug zustimmen (Satz sic!). Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Danke

Präs.: Ich habe vorhin mit dem Zaunpfahl gewinkt: Nachtsitzung! Ich teile mit, dass die Rednerliste noch 8 Namen umfasst! Herr Christ hat das Wort.

Bernhard Christ, LDP Grossbasel Ost: Herr Präsident meine Damen und Herren, ich habe fast ein schlechtes Gewissen zu sprechen, nach diesen Bemerkungen des Präsidenten, aber ich glaube, es handelt sich doch um eine wichtige Frage, und es steht dem Grossen Rat wohl an, auch einmal in einer solchen religionspolitischen Frage eine Debatte zu führen. Ich glaube, es hilft, dass wir uns über diese wichtigen Fragen, die im öffentlichen Leben meist zwar meistens nur latent vorhanden sind, die aber eben doch viel wichtiger sind, als wir glauben, von Zeit zu Zeit als Politiker Rechenschaft geben. Und insofern bin ich Herrn Geopfert eigentlich noch dankbar, dass er diesen Anzug eingereicht hat. Er gibt uns Gelegenheit, gewisse Dinge klar zu stellen.

Erstens einmal, es ist schon gesagt worden, es geht natürlich in keiner Weise darum die Religions- und Kultusfreiheit unserer moslemischen Mitbewohner in irgendeiner Weise in Frage zu stellen. Diese Religionsfreiheit und Kultusfreiheit haben sie. Dies sollen sie auch haben. Sie gibt ihnen die Möglichkeit sich im Rahmen des privaten Vereinsrechtes zu organisieren, sich zu versammeln, ihre Kultusstätten, ihre Moscheen, ihre Koranschulen zu haben, ihre Gottesdienste in der ihnen gemässen Weise durchzuführen. Diese Vereine, insofern es sie gibt, das weiss ich nicht, würden dann auch Steuerfreiheit geniessen für die von den Vereinsmitgliedern zusammengelegten Mitteln. Insofern ist hier bereits eine sehr milde grosszügige Behandlung in der Schweizerischen Praxis gegeben und insbesondere hier in Basel. Zweitens, und das möchte ich hier auch klarstellen, leistet ja der Staat, und zwar jetzt der Staat mit seinen Mitteln, mit Steuergeldern, schon recht viel für die Integration dieser zugewanderten Mitbewohner unserer Stadt in dem er mit dem Fremdsprachenunterricht, der ja eines der Hauptprobleme (trööt) ich habe kaum schon so lange gesprochen! dass er mit diesem Fremdsprachenunterricht und mit anderen Anstrengungen im Rahmen der Schule zur Integration beizutragen enorm viel tut. Und ich möchte ein anderes Land sehen, das für seine fremdsprachigen Mitbewohner in der Schule so viel

aufwendet und so viel tut wie unser Land, ich glaube, wenn sie nach Iran in die Schule gehen, oder nach Tunesien oder nach Marokko, ich glaube, sie werden dort nicht dieselben Rahmenbedingungen finden. Nun äh ich glaube auch zu wissen, dass die moslemischen Gemeinschaften hier in der Schweiz nicht ein ganz einheitliches Bild geben, das ist nicht einfach 1 moslemische Glaubensgemeinschaft, sondern es gibt verschieden Denominationen und Richtungen, es dürfte sich auch um nationale Unterschiede handeln zum Teil, und meines Erachtens müssten wir diese Gemeinschaften in der Öffentlichkeit besser kennen, bevor wir über ihre öffentliche Anerkennung sprechen können und bevor ein solcher Anzug sinnvollerweise überwiesen werden darf. Zuerst müssten sich die moslemischen Vereinigungen in unserer Stadt als solche präsentieren, profilieren, sie müssten zeigen, was sie im Bereich des Kultus, der Religion tun, sie müssten zeigen, was sie im Bereich des Sozialen tun und wie sie ihr Verhältnis zur demokratischen städtischen Politik verstehen. Hierüber müsste der Dialog bereits im Gang sein, er müsste nicht abgeschlossen sein, aber er müsste mindestens im Gang sein, damit wir wirklich en connaissance de cause darüber urteilen könnten, mit einer solchen Glaubensgemeinschaft hat es einen Sinn nun einen neuen Pakt zu schliessen, sie anders einzubinden in das rechtliche Gefüge der Religionsgemeinschaften unserer Stadt. Und diese Voraussetzung, meine Damen und Herren, ist ja ganz eindeutig nicht gegeben. Und sie ist nicht gegeben nicht durch das Verschulden von uns, weil wir zu wenig machen würden, oder weil wir gewisse Gefässe nicht anbieten, sondern weil diese moslemischen Gemeinschaften noch in einer ziemlichen Abwehrhaltung gegenüber allem, was westlich und europäisch ist, stehen. Und hier müsste zuerst dieser Dialog geführt werden, und er müsste geführt werden, einerseits zwischen Behörden und solchen Vereinen, zwischen sozialen Trägerschaften, aber auch zwischen den anderen Religionsgemeinschaften insbesondere den Kirchen und der israelitischen Gemeinschaft. Und ich glaube gerade die israelitische Glaubensgemeinschaft hätte da ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Es müsste nämlich auch Gewähr geboten sein, dass der Dialog mit einer solchen Gemeinschaft, zwischen Moslem und Juden geordnet und friedlich verlaufen kann, und in gegenseitiger Anerkennung, und ich rechne hier dass gegenseitige Anerkennung vor allem von den Moslem gegenüber den Juden, dass das klappt. Vorher wäre eine solche öffentlich-rechtliche Anerkennung unter Umständen ein Affront gegenüber anderen Minderheiten.

Und da müssen wir uns nun die Signalwirkung der Überweisung eines Anzuges in dieser Sache schon bewusst sein. Von der Signalwirkung im Kleinbasel, in der Stadt ist gesprochen worden, ich will das nicht wiederholen, ich möchte dem nicht einmal das Hauptgewicht beimessen. Denken sie auch an die Signalwirkung in islamischen Ländern. Die Menschenrechtssituation namentlich bezüglich der Religions- und Kultusfreiheit ist in den islamischen Ländern, wird sie täglich schlechter, meine Damen und Herren. Sie wird nicht etwa stationär auf mittelalterlichem Niveau, sondern sie wird schlechter, täglich. Und hier nun in einer Stadt wie unserer und das wird bemerkt dort, glauben sie nicht, das ginge irgendwie inapperçu vorbei, sondern das wird bemerkt, hier zu sagen, wir geben die öffentlich-rechtliche Anerkennung, heisst doch, ist doch für die Islamisten, für die Fundamentalisten, für diese Fanatiker dort ein Schwächezeichen. Denn das ist ja das Elend, bei diesen extremistischen Richtungen, dass Gross..., dass das nicht als Zeichen grosszügiger Stärke ausgelegt wird, sondern als Schwächezeichen, und damit ein völlig falsches Signal bewirkt in jenen Ländern und dort zu zusätzliche Schikanen und Bedrückungen der anderen Glaubensgemeinschaften, namentlich der Christen und Juden, führen wird. Informieren sie sich einmal, wie das jetzt in Saudi-Arabien zugeht oder in Syrien oder im Iran, das ist katastrophal dort.

Und dann kommt noch eine weitere Signalwirkung, das ist die Signalwirkung gegenüber unseren moslemischen Mitbewohnern, denen ich diesen Fanatismus und diese Intransigenz gar nicht durchwegs irgendwie in die Schuhe schieben will, das sind zum grössten Teil friedliche Bürger. Sondern es erweckt natürlich Erwartungen. Wenn wir heute die Überweisung eines solchen Anzuges beschliessen würden, wird das nicht in dem Sinne, wie das beim Grossen Rat gehen, sagen, ja die haben das mal so überwiesen, und jetzt muss die Regierung ein Papier machen und dann wird das dann auf die lange Bank geschoben und vermutlich passiert dann wieder nichts, sondern die erwarten dann etwas, und wenn's dann später wieder versandet, und nichts passiert, dann können schon unter Umständen schon explosive Situationen entstehen, und da möchte ich also, ohne dass ich jetzt in jedem Buchstaben und Komma den Ausführungen von Herrn Lung folgen möchte, doch sagen, er hat natürlich vielleicht schon das Ohr im Kleinbasel bei gewissen Leuten, und das kann dann unter Umständen Probleme bringen. Also da müssen wir aufpassen, dass wir nicht Geschirr zerschlagen, und Erwartungen wecken, die wir dann gar nicht erfüllen können. Denn wie die Volksabstimmung herauskäme, ich glaube, darüber müssen wir uns nicht unterhalten. Und deswegen, Herr Geopfert, aber entschuldigen sie, dass ich das sage, und nehmen sie es nicht als eine Anmassung, ich fände es staatsmännisch klug und weise, wenn sie diesen Anzug zurückziehen würden, nachdem die Debatte hier in aller Offenheit geführt wurde, weil ääh ich glaube, dass es im jetzigen Zeitpunkt eigentlich mehr Negatives bringt, als Positives, obwohl man immer über solche Fragen diskutieren darf und es auch möglich sein muss sich diese Fragen zu stellen, und obwohl durchaus auch einmal die Lage entstehen kann, ich möchte das bewusst nicht ausschliessen, dass die öffentlich-rechtliche Anerkennung einer nicht-christlichen und nicht-jüdischen Glaubensgemeinschaft sinnvoll ist, schon nur um sie besser unter den Augen zu haben, aber dazu müssten die eben sich uns zunächst besser präsentieren, wir müssten genauer wissen, mit wem wir es zu tun haben, und in diesem Sinne würde ich, wenn der Anzug nicht zurückgezogen wird, ihnen empfehlen, ihn nicht zu überweisen.

Präs.: Herr Christ, ich höre Ihnen gerne zu und ich diskutiere mit Ihnen gerne solche fragen, aber im Moment habe ich ein Amt, das mich schulmeisterlicher sein lässt, als ich es sein möchte. Aber nun haben die Dinge eine ganz andere Wendung genommen. Herr Regierungsrat Vischer wünscht das Wort, und ich gebe es ihm.

Regierungsrat Ueli Vischer, LDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Worterteilung, ich habe einfach gedacht, ich würde am Schluss der Rednerliste dann sprechen, aber vielleicht ziehen die anderen nachher ihre Voten zurück. Ich möchte jedenfalls deshalb zu Wort kommen, nicht weil ich jetzt für oder gegen Überweisung plädieren möchte, sondern um Ihnen erstens einmal zu sagen, warum die Regierung sich nicht dagegen gewendet hat, sich den Anzug sich überweisen zu lassen. Und da jetzt nachdem hier eine Debatte stattfindet, auch inhaltlich einige Dinge sagen. Sie wissen, die Regierung macht jeweils eine Abwägung, ob es sich lohnt, mit der Bestreitung eines Anzuges hier eine Debatte vom Zaun zu brechen, oder ob es nicht gescheiter ist, sich den Anzug überweisen zu lassen und dann zu berichten, und um dann allenfalls die Diskussion aufgrund eines Papiers das vorliegt, zu führen und das war auch hier der Fall. Wir haben gefunden, es ist im Grunde ein Thema, das höchstinteressant ist, die Debatte hier bestätigt es, sie ist von höchstem Interesse. Und es ist auch ein Thema, das ich Ihnen versichern kann, das sporadisch immer wieder mich jetzt als

Kirchendirektor beschäftigt, in dem wir Anfragen von solchen Gruppen bekommen. Und einfach damit sie vielleicht eben sehen, wie das bei uns gehandhabt wird:

Ich hatte jetzt in meiner Amtszeit von islamischen Gruppen zwei entsprechende Anfragen, von zwei Gruppen, die eine fragten, ob sie nicht ebenfalls öffentlich-rechtlich anerkannt werden könnten, und ich habe mir dann natürlich alle diese Gedanken gemacht. Es gibt ja kein Regelbuch, welche Konditionen es braucht, um eben in der Verfassung öffentlich-rechtlich anerkannt zu werden, sondern man muss sich diese Kriterien entwickeln. Sie wurden heute in der Debatte mehrfach genannt, nicht abschliessend, es gib auch keine abschliessende Aufzählung. Jedenfalls bin ich auch, um das vorweg zu nehmen, zum Schluss gekommen, dass es nicht angeht, eine oder zwei oder drei oder von mir aus ein halbes Dutzend dieser Gruppen diesen Status zu geben, in die Verfassung aufzunehmen. Und nachdem jetzt diese Debatte anlässlich der Überweisung dieses Anzuges hier geführt wird, möchte ich mich eben seitens der Regierung ebenfalls einschalten und zur Sache einige Dinge sagen. Dabei riskiere ich, dass das eine oder andere Wiederholung ist, dessen was schon gesagt worden ist, aber eben jetzt seitens der Regierung.

Es ist klar, dass die Erwartung an einen solchen Status im Grunde diffus ist. Es wurde gesagt, verfassungsmässig, eidgenössisch, bundesverfassungsmässig ist die Religionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit gewährleistet, und ich bin überzeugt, die allergrösste Zahl der Mitglieder dieser Glaubensgemeinschaften würde keinen Unterschied sehen für ihre Daseinsberechtigung als Angehörige dieser Gruppen, ob sie jetzt die öffentlich-rechtliche Anerkennung hätten oder nicht. Also die Ausübung ihrer Religion ist unabhängig davon gewährleistet. das ist ja mal schon etwas sehr wichtiges, wofür wir als Staat garantieren müssen. Dann welche Kriterien können zur Anwendung kommen? Es ist sicher so, dass wir Religionsgemeinschaften, die wir anerkennen wollen, dass wir dort Gewähr leisten müssen, dass sie den abendländischen Werten, die in unserer Gesellschaft hochgehalten werden und anerkannt werden, dass sie denen nachleben, das ist ohne Zweifel bei den christlichen und jüdischen Gemeinschaften der Fall, bei diesen vier, die wir jetzt in der Verfassung haben. Es ist sicher auch kein Zufall, dass es im Zusammenhang steht mit dem alten und dem neuen Testament, das ist nun einmal eben eine der Grundlagen unserer Gesellschaft. Es ist aber ja auch nicht so, dass alle christlichen Gemeinschaften in der Verfassung sind, sondern es sind eben nur diese vier. Und das ist ein weiteres Element, das ich als Grundlage bezeichnen würde, die erfüllt sein muss, es ist nämlich eine demokratische Organisation, demokratische Strukturen dieser Gemeinschaften. Und das ist bei unseren Kirchen und auch ausgeprägt bei der israelitischen Gemeinde der Fall, die haben demokratische Strukturen, die nachvollziehbar sind, durchaus vergleichbar mit jenen unserer staatlichen Struktur. Es gibt Exekutiven, es gibt Legislativen, und deren Regeln, also deren Verfassung, müssen wir, der Staat, die Regierung, anerkennen. Das ist also dann ein Ausfluss der Anerkennung dieser Glaubensgemeinschaft, dass sie uns ihre Grundregeln vorlegen müssen, zur Genehmigung. Also umgekehrt gesagt, um eine Glaubensgemeinschaft anerkennen zu müssen (sic!), müssen solche Regeln überhaupt einmal gegeben sein, solche Grundlagen die man dann anerkennen könnte. Und ich schliesse jetzt nicht auf die allfällig potentiellen, hier zur Debatte stehenden Gruppen, weil ich sie ja gar nicht kenne, es gibt ja nicht einfach DEN Islam, den man anerkennen könnte, sondern das sind zahlreiche Gruppen, die ja hier nicht definiert sind, und die man ja zuerst einmal identifizieren müsste. Es müssen also Institutionen sein, die man dann anerkennen müsste (sic!), die dann solche Regeln sich geben, die man dann anerkennen oder eben genehmigen müsste seitens des Staates. Sie sehen also,

alle diese Bedingungen sind schwerlich gegeben, ich sage schwerlich und sage nicht „nicht“, weil man die konkrete Prüfung ja dann vornehmen müsste, wenn dann eine solche Institution zur Debatte stünde ganz konkret. Ich meine ferner, ich komme jetzt vielleicht zu den weniger prioritären Voraussetzungen, ich meine ferner, dass eine gewisse Kontinuität einer solchen Gruppierung oder Institution gegeben sein müsste. Ich mein, man kann nicht einfach eines Tages jemanden oder ebene eine solche Gruppierung in die Verfassung aufnehmen, und riskiert dann, dass sie sich nach einigen Jahren wieder auflöst, und nicht mehr da ist, eine Kontinuität, die natürlich bei den heute in der Verfassung stehenden Gruppierungen in hohem Masse gegeben ist.

Und schliesslich, fast unnütz (sic!) zu sagen, braucht es natürlich eine Akzeptanz gegenüber diesen Gruppierungen in der Bevölkerung, schon deshalb ist es notwendig, das ist jetzt eine rein politische, fast technische Überlegung, schliesslich braucht es ja eine Mehrheit um dann eine Verfassungsänderung herbeiführen zu können, es braucht also Akzeptanz in der Bevölkerung. Und damit komme ich zu einem anderen Punkt, der ja, wie ich meine, auch das Anliegen der Anzugsteller ist: Wie kann man solche Gruppen, die etwas fremd sind in unserer Gesellschaft, besser integrieren? Wäre es ein Instrument, in dem man ihre Religionsgemeinschaften eben in der Verfassung anerkennt. Und ich glaube auch wieder relativ ohne tiefgründige Prüfung, dass eine Anerkennung in der Verfassung nicht dazu führt, dass dann diese Leute deswegen besser integriert wären in unserer Gesellschaft. Deshalb müssen wir vom Staate her, um dieses Ziel zu erreichen, das in der Tat eines unserer Ziele sein muss, die Leute, die bei uns leben, und die das Recht haben bei uns zu leben, zu integrieren, wenn möglich, und natürlich auch wenn sie wollen, das ist natürlich immer auch noch ein Punkt. Und wie kann dieses Ziel erreicht werden. Auch das ist ein Postulat in diesem Anzug, das debattiert worden ist, das man auch in einer Antwort auf den Anzug hätte debattieren können. Aber ich meine auch, zusammengefasst, dass nachdem diese Debatte geführt worden ist, und nachdem die Antwort auf der Hand liegt, wie eben das Resultat einer Prüfung wäre, dass nun zumindest der Grund, weshalb wir uns den Anzug haben überweisen wollen (sic!), nämlich um die Debatte nicht jetzt zu führen, sondern später, dass der dahingefallen ist.

Präs.: Ich erteile nun das Wort dem Anzugsteller, Herrn Geopfert

Daniel Geopfert, SP Grossbasel Ost: Herr Präsident, meine Damen und Herren, was heisst eigentlich öffentlich-rechtliche Anerkennung. Das sind eigentlich drei Sachen: 1. die betreffenden Kirchen dürfen eine Kirchensteuer erheben. Das würde wegfallen bei diesen Gruppierungen, weil sie keine Priester im christlichen Sinne kennen. 2. die Denkmäler in denen der Kultus stattfindet, können subventioniert werden, wenn sie von historischem Wert sind. Das würde auch wegfallen bei den Moscheen, die wir in Basel haben.

3. und das wäre der einzige Punkt der konkret hier zur Debatte stünde, ist es so, dass soziale Aufgaben subventioniert werden können, ganz konkret die Seelsorge in Spitälern und Gefängnissen. Das wäre konkret das einzige und würde, wie mir Vertreter dieser islamischen Gemeinschaften sagten, ihnen auch helfen, überhaupt einmal Zugang zu finden zu diesen Institutionen. In Zürich gab es eine Abstimmung vor kurzem über die Trennung von Kirche und Staat. An sich bin ich - in der Tradition der Aufklärung - bin ich also auch der Meinung dass die zwei so weit wie möglich getrennt sein sollten, aber die letzten Resten, die wir jetzt noch haben, sind die sozialen Aufgaben der Kirche, die sie einfach besser erfüllen kann als der Staat. Und die auch teurer wären, wenn sie der Staat erfüllen würde. Hier denke ich, dass

es ein Vorteil ist, wenn diese sozialen Aufgaben bei den Kirchen belassen werden. Nun könnte man sagen, auch wieder in der Tradition der Aufklärung, für mich ist es einfach eine Ungerechtigkeit, wenn die drittgrösste Gruppe hier einfach nicht vertreten ist, nicht anerkannt ist.

Aus fremdenfeindlichen Gründen, das ist klar, wenn man sagt, diese Leute wolle wir nicht hier, muss man dagegen sein, das ist klar. Der Unterschied, und den gibt es, zwischen den verschiedenen Kirchen, diesen Unterschied will ich gar nicht wegreden. Aber ich meine, dass die Anhänger des Islam nun auch nicht viel dafür können, dass zuerst das Judentum war, das unser altes Testament bildete, dann das Christentum und am Schluss der Islam, der auf beidem gründete. Also ich denke hier gibt es Verschiedenheiten, es gibt aber auch viel Ähnlichkeiten.

Was könnte man erreichen mit einer öffentlich-rechtlichen Anerkennung? Ich denke es wäre ein Schritt auf die Integration auch der Anhänger des Islam in unserem Kanton. Und hier ist es nicht nur ein Geschenk, das man diese Glaubensgemeinschaften geben würde, es ist auch eine Erwartung.

Erwartung 1: Gruppiert euch! Und wir haben nur zwei Gruppierungen hier. Da muss ich Herr Vischer widersprechen, wir wissen wer das ist: Die Aleviten auf der einen Seite und die Sunniten, die grosse Mehrheit in Basel, auf der anderen. Das sind die grössten, repräsentativsten Gruppen. Die Erwartung ist, dass sich die Sunniten zusammenschliessen würden. Mit den Aleviten ist es etwas besonders, die stehen uns Christen ja auch viel näher. Und das würde einen Dialog geben, und Dialog führen könnten wir nur mit einer demokratisch gewählten Organisation. Und Erfahrungen beispielsweise in Strassburg zeigen, dass gerade die Islamisten damit an den Rand gedrängt werden können, weil sie in solchen Organisationen dann nicht vertreten sind. Ich komme zum Schluss.

Vorbildlich - und einfach auch das als Entgegnung auf ein Votum hier - ist in Basel die Zusammenarbeit zwischen Juden und Moslems. Hier finden gegenseitige Besuche statt, die gegenseitige Anerkennung ist gross. (Tröööööt) Und ich finde es schade, wenn von seiten der Christen hier Mauern gebaut werden, wo wir doch wissen dass das Verhältnis zwischen Juden und Moslems historisch viel belasteter ist. Das Volk wurde angefährt. Ich weiss, dass das eine schwierige Materie ist. Das erspart mir dann aber, Feliy Eymann, hier den Vorwurf, ich würde quasi auf Wählerstimmen ausgehen, das Gegenteil ist der Fall. Offensichtlich ist die Situation noch nicht reif, aber ich denke, das kann ja nicht der einzige Grund sein, um so etwas zu bekämpfen. Wir können ja nicht nur das Ohr im Kleinbasel am Boden schleifen lassen und dann je nach dem uns hier verhalten, oder das von (tröööööööt) zwei Telefons abhängig machen. Ich wollte nicht (Zwischenruf: Jetzt längt's), ich wollte nicht, und damit komme ich zum Schluss, hier einen Kulturkampf entfachen. (Ratspräsident: Noch ein Satz!) Ja, und den möchte ich gerne hier formulieren, ich wollte keinen Kulturkampf entfachen. Es gibt Mitglieder des Rates, die heute hier geredet haben, die ich hoch schätze, und bei denen ich gemert habe, dass hier wir in eine Konfrontation laufen, die sehr wahrscheinlich so gar nicht nötig ist. Ich bin bereit deshalb auch, diesen Anzug zurückzuziehen (Zwischenruf: Bravo!). Ich sehe eine Möglichkeit jetztnach den Ausführungen von Herrn Vischer, dass wenn so ein Zusammenschluss wirklich erfolgen könnten, einer grossen Religionsgemeinschaft wie z.B. der Sunniten, dass dann sie das Gesuch direkt an die Regierung stellen könnten. Also, ich ziehe den Anzug zurück, um hier eine weitere Eskalation zu verhindern. An der Sache selber hänge ich selbstverständlich nach wie vor.

Ratspräsident: Nach meiner Interpretation ist es so, dass ein Anzugsteller zu jeder Zeit einen Anzug zurückziehen kann, also auch mitten in einer Diskussion drin, und auch mitten... also bei vorhandener

Rednerliste. Damit ist nun das Geschäft dahingefallen. Also ich weiss, dass ich nun bei all denjenigen, die noch sprechen wollten nicht gerade mich populär gemacht habe, aber ich bitte für Verständnis. Und es ist vielleicht auch besser so. Damit ist auch der Antrag auf namentliche Abstimmung dahingefallen, wie der ganze Anzug 4 auch.

Wir kommen zum Anzug 5 des Herrn Degen und Konsorten betreffen dder Schaffung eines öffentlichen Dienstleistungszentrums. Wird die Überweisung dieses Anzugs bestritten? (4 Sekunden Pause) Das ist nicht der Fall, dann habe Sie stillschweigend so überwiesen.

Wir kommen zum Anzug Numemr 6 des Herrn Bächle und Konsorten betreffend Verkehrskonzept für eine Messe in der Stadt. Die Regierung ist bereit, diesen Anzug entgegenzunehmen. Beantragt jemand Nichtüberweisung? (Keine Pause) Das ist nicht der Fall. Sie haben stillschweigend so überwiesen.

Wir kommen zum Anzug Nummer 7 des Herrn Bachmann und Konsorten betreffend Beschleunigungsprogramm der BVB. Die Regierung ist bereit diesen Anzug entgegenzunehmen. Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Sie haben stillschweigend diesen Anzug so überwiesen.